



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

2. Sitzung vom 22. September 2008

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 - 21.00 Uhr

Leitung: A. Braun

Anwesend: 34 Mitglieder

Abwesend: A. Alt, K. Amacker, S. Bräutigam, M. Hopf, B. Jost, S. Kaiser

Präsident:

Albert Braun

Protokoll:

Brigitte Christen

Mitteilungen des Präsidenten

A. Braun gibt seine Eindrücke vom EU-Parlament wider, welches er während der Sommerferien in Brüssel besuchte. Der Ratsbetrieb der 785 Parlamentarier/innen aus 27 Ländern, welche 24 verschiedene Sprachen sprechen, lässt sich selbstverständlich nicht mit Binningen vergleichen. Hier wird nur eine Sprache verwendet, und doch ist ein Aneinandervorbeireden durchaus möglich. Seine Aufgaben teilt das EU-Parlament mit dem europäischen Rat, einem Gremium von 27 Mitgliedern bzw. einem Abgeordneten pro Land. Da Sommerpause war, hatte er leider keine Gelegenheit, einer Plenarversammlung beizuwohnen.

Zurück zu Binningen: Am 30./31. August wurde bei idealem Wetter der Schlosspark, das teilweise renovierte Schloss und nicht zuletzt das Imhof-Haus mit einem vielfältigen Kulturprogramm eingeweiht.

Im August gab der Gemeindeverwalter eine Einführung in die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Der Anlass war gut besucht.

Die Jungbürger/innen-Feier fand am 5. September statt. Der Apéro war wie üblich im Ortsmuseum. Nachher bot sich die Möglichkeit, einen Blick in das Feuerwehr-Gebäude zu werfen. Anschliessend wurden die jungen Erwachsenen nach Münchenstein gefahren. Im Presswerk stieg erstmals eine gemeinsame Party mit Gleichaltrigen aus dem Leimental.

Am Tag des Denkmals, am 13. September, bot sich Gelegenheit, die Schlosrräume und das Zivilstandsamt zu besichtigen.

Auf dem Sportplatz Spiegelfeld fand nicht nur die 1. Augustfeier statt, sondern am 20. September das Cupspiel gegen Aarau mit anschliessendem Fest.

Mitteilungen aus dem Einwohnerrats-Büro:

Es wurde u. a. beschlossen, dass die Protokolle der ER-Sitzungen auch in Zukunft nicht mehr in Papierform an die Ratsmitglieder verschickt werden. Stattdessen wird weiterhin per Mail mitgeteilt, wenn das Dokument auf der Homepage herunter geladen werden kann. Der Gemeinderat hat die Fraktionsvertreter bzw. -vertreterin zu einem Gedankenaustausch eingeladen. Dieser soll noch in diesem Jahr stattfinden.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse:

- Interpellation SP: Wie überlebt das Sutter-Haus? Gesch. Nr. 13
- Postulat CVP: Sicherheit und Polizei in Binningen; Gesch. Nr. 14

Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

Traktandenliste		Gesch. Nr.
1.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.9.2008: Totalrevision Kanalisationsreglement bzw. Erlass Abwasserreglement	10
2.	Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 20.5.2008: Interfrakt. Postulat: Förderung von Hochstamm-Obstbäumen	200
3.	Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 5.8.2008: Postulat SP: Verhinderung von Fluglärm	206
4.	Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 5.8.2008: Postulat CVP: Brandruine Hauptstrasse 10	208
5.	Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 2.9.2008: Postulat FDP: Regio-Gewerbeparkkarte	207
6.	Interpellation FDP vom 14.4.2008: Parkraumbewirtschaftung beim Spiegelfeld	198
7.	Diverses	

Traktandum 1**Gesch. Nr. 10**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.9.2008:

Totalrevision Kanalisationsreglement bzw. Erlass AbwasserreglementEintreten:

FDP: W. Müller äussert sich zustimmend zur Vorlage. Es ist aus ökologischen und wirtschaftlichen Überlegungen richtig, dass auch in diesem Bereich das Verursacherprinzip zum Tragen kommt, ebenso dass Schmutz- und Regenwasser getrennt werden. Die Gebühren werden aufgrund des neuen Verteilschlüssels voraussichtlich steigen. Es wird Gewinner und Verlierer geben. Beim Reglement handelt es sich um eine komplexe Materie, weshalb die Überweisung an die Bau- und Planungskommission gerechtfertigt ist.

Grüne/EVP: R. Bänziger befürwortet das neue Reglement. Es verdient ein grosses Kompliment. Aus ökologischer Sicht wird die Trennung von Sauber- und Abwasser befürwortet. Längerfristig wird sich dies auch ökonomisch auswirken. Wenn die Gebühren künftig nicht mehr quersubventioniert werden, erhöht dies die Kostentransparenz. Aus Sicht ihrer Fraktion wäre aufgrund der detaillierten Vorlage eine Überweisung nicht zwingend, jedoch widersetzt sie sich dieser Absicht nicht.

SVP: R. Ewald: Seine Fraktion ist für Eintreten. Es ergeben sich allerdings noch viele offene Fragen, insbesondere zu den Gebühren. Unklar ist, weshalb diese höher ausfallen sollen als beim Kanton. Zudem finden sich viele "Kann-Formulierungen", was Spielraum offen lässt. Und weshalb sollen EU-Normen gelten? Muss das Schmutzwasser zwingend über den Wasserzähler abgerechnet werden? Zur Klärung ist daher die Überweisung an eine Spezialkommission bzw. die BPK gerechtfertigt.

SP: D. Gorba hält die vorgängige Prüfung durch die BPK für sinnvoll, obschon die Vorlage sehr sorgfältig ausgearbeitet ist. Die Förderung der Wassertrennung, die Anwendung des Verursacherprinzips ist positiv. Fragen stellen sich dennoch: Die Gemeinde führt die Trennung von Schmutz- und Sauberwasserkanalisation nicht flächendeckend ein. Wer diese Trennung auf seinem Grundstück vornimmt, hat keine Garantie dafür, dass ein entsprechender Anschluss möglich ist. Eine gebührendwirksame Abstufung für die Versiegelung mit unterschiedlichen Belägen fehlt in der Vorlage. Es stehen grosse Investitionen an, im entsprechenden Fonds sind neun Millionen Franken vorhanden. Seine Fraktion fragt sich, ob die Gebühren laufend angehoben werden müssen.

CVP: A. Achermann beantragt ebenfalls, dieses wichtige Geschäft zur Vorprüfung an die BPK zu überweisen. Eine Totalrevision ist zwingend. Es gilt ausserdem den veränderten Gegebenheiten in Binningen Rechnung zu tragen. Das neue Gesetz wird vorgängig von der kantonalen Bau- und Umweltschutzdirektion geprüft.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Mati* bedankt sich für die positive Aufnahme der Vorlage. Infolge der Änderung der übergeordneten Gesetze ist die Anpassung auf kommunaler Ebene unumgänglich. Mit dem bisherigen System könnten die anfallenden Kosten nicht mehr gedeckt werden. Wichtige Grundprinzipien der neuen Gewässerschutz-Gesetzgebung werden nun umgesetzt, wie zum Beispiel dass das Regenwasser nach Möglichkeit versickern soll, abgeleitet wird oder Rückhaltmassnahmen eingerichtet werden; dass die Kosten nach dem Verursacherprinzip den Abwasserlieferanten zu verrechnen sind sowie dass bei der Gestaltung der Abgaben Art und Menge des Abwassers berücksichtigt wird. Bei der Vorbereitung des Geschäfts ging es unter anderem darum, wichtige Vorentscheide zu treffen bezüglich Dauer und Umfang der einzubeziehenden Kosten für die GEP-Massnahmen, die Gewichtung der Schmutz- und Regenwassergebühr, die Gestaltung der Anreize zur Trennung sowie die Anrechnung des Saldos der Abwasserkasse. Daraus ergibt sich, dass zahlreiche, unterschiedliche Gegebenheiten das Resultat der Gebührenrechnung beeinflussen. Daher ist es nicht unproblematisch, wenn an einzelnen Faktoren manipuliert wird. Es war im Vorfeld nicht möglich, die effektiven Auswirkungen der neuen Gebührenordnung umfassend zu testen. Die neue Regelung ist aber auch nicht auf Jahrzehnte hinaus fixiert und kann bei Bedarf angepasst werden. Der neue Erlass wurde beim Kanton eingereicht, das Ergebnis ist noch ausste-

hend. Bis zur ersten BPK-Sitzung sollte es jedoch vorliegen. Zwei Lesungen im Rat sind sicher angebracht.

Zu den gestellten Fragen: Die FDP sprach von Gewinnern und Verlierern. Belohnt werden sollen korrekterweise jene, die möglichst wenig Schmutzwasser in die Kanalisation leiten. Bei den Gebühren wurde darauf geachtet, dass die jährlichen Erhöhungen für Privateigentümer moderat ausfallen. Und auf den Einwand der SVP bezüglich EU-Norm geht sie davon aus, dass in der Schweiz eine seit langem bewährte zur Anwendung gelangt. Zur Feststellung der SP-Fraktion, dass beim Anschluss an das Trennsystem die Mengengebühr für Regenwasser entfällt und dass nicht jeder Privateigentümer mitentscheiden kann, ob seine Parzelle angeschlossen wird oder nicht: Dies trifft zu, ist aber als ökologische Fördermassnahme gedacht. Für Private soll ein Anreiz geschaffen werden, möglichst rasch nach der Erneuerung der kommunalen Abwasseranlagen die Trennung vorzunehmen. Die Durchsetzung der GEP-Massnahme dürfte andernfalls schwierig sein. Zu erwähnen ist, dass die Regenwassergebühr günstig ausfällt. Zudem haben Private die Möglichkeit, beim Mischsystem den Anteil der versiegelten Fläche auf andere Art zu reduzieren.

Zum zeitlichen Ablauf: Das Reglement soll wenn möglich auf den 1. Januar 2009 eingeführt werden. Wünschenswert wäre, dass der Einwohnerrat noch dieses Jahr das Geschäft verabschiedet. Gemäss IWB, welche das Inkasso tätigen, ist auch ein rückwirkender Beschluss im ersten Quartal noch akzeptabel.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Das Abwasser-Reglement wird zur Prüfung an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 200

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 20.5.2008:

Interfraktionelles Postulat: Förderung von Hochstamm-Obstbäumen

Präsident A. Braun schickt voraus, dass das Postulat bereits im Juni traktandiert war und aus Zeitgründen verschoben werden musste.

Eintreten:

SP: T. Rehmann: Hochstammbäume waren bis vor einigen Jahren ein Charakteristikum für das Basbiet. Leider verschwinden sie je länger je mehr. Auch Binningen sollte dazu beitragen, dass diese Baumart erhalten bleibt. Offensichtlich reichen die Subventionen von Bund und Kanton nicht aus, um diese Negativentwicklung zu stoppen. Die Beispiele in Riehen und Bottmingen zeigen, dass wieder vermehrt Hochstämme angepflanzt werden. Die Pflege und Ernte ist zweifellos aufwändiger, doch lohnt es sich, dieses Kulturgut zu bewahren. Nicht zuletzt gibt es Vogelarten, die ausschliesslich auf hohen Bäumen brüten. Die Überweisung des Postulats ist gerechtfertigt.

FDP: P. Treuthardt betont, dass Hochstammbäume einen wichtigen Teil der Biodiversität bilden. Seit 1951 sind in der Schweiz über 10 Millionen verschwunden. Heute gibt es davon gerade mal noch 3 Millionen. Eine knappe Mehrheit seiner Fraktion wird für die Überweisung stimmen. Das Landschaftsbild soll erhalten bleiben. Dass nebst Bund und Kanton auch die Gemeinde einen finanziellen Beitrag leisten soll, erachtet eine Minderheit jedoch nicht als notwendig. Tatsächlich stellt sich die Frage, ob es nicht mit weniger als 30 Franken jährlich pro Baum ginge; denn im Thurgau kann für einmalig 140 Franken auf Lebenszeit eine Patenschaft für einen Hochstammbaum übernommen werden. Weil es sich um eine Privatsache handelt, soll der Gemeinderat mit der gebotenen Vorsicht vorgehen, damit nicht kurzfristig eine Fällaktion stattfindet.

Grüne/EVP: B. Gürler befürwortet ebenfalls die Überweisung des Vorstosses. Erfreulich ist, dass der Gemeinderat die Notwendigkeit des Erhalts der Hochstamm-Obstbäume erkannt hat und bereit ist, das Notwendige vorzukehren.

SVP: U.-P. Moos bejaht seitens seiner Fraktion das Anliegen. Die hohen Bäume sind nicht nur optisch schön, sondern fördern zudem die Artenvielfalt von zahlreichen Vögeln und Insekten. Für den Niedergang dieser Spezies ist aber nicht allein der Mehraufwand bei der Pflege verantwortlich; nicht zuletzt ging der Konsum von Apfel- und Birnenmost in den vergangenen Jahren zurück. Er plädiert deshalb an die Ratsmitglieder, wieder vermehrt Most zu trinken. Die Fördermassnahme sollte mit dem vorhandenen Globalbudget finanziert werden.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Schuler* hält fest, dass es heute in Binningen noch drei Bauernhöfe gibt. Diese Landwirte pflegen 300 Hochstamm-Obstbäume und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Landschaft. Bereits vor einem Jahr traf sich der Gemeinderat mit den drei Landwirten und erfuhr, dass trotz Beiträgen von Bund und Kanton der Unterhalt dieser Obstkulturen nicht mehr rentabel ist. Ohne Zustupf der Gemeinde müssten die Bäume durch pflegeleichtere Niederstammbäume ersetzt werden. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

Mit 32 Ja bei 2 Nein wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 206

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 20.5.2008:

Postulat SP: Verhinderung von Fluglärm

Eintreten:

SP: D. Gorba: Der Gemeinderat engagiert sich in verdankenswerter Weise für ein Nachtflugverbot, für die Begrenzung der Flüge sowie gegen die Zunahme der Frachtflüge. Dennoch befriedigt die Stellungnahme nicht ganz. Die Flughafendirektion und das Bundesamt müssten von Zeit zu Zeit für ihre Entscheide gerade stehen. Letztmals war dies anlässlich der Einführung des ILS der Fall. Es würde begrüsst, wenn nächsten Frühling wieder ein solcher Anlass stattfände. Das Umstellverfahren bei Wind ist willkürlich. Es entsteht der Eindruck, dass sich die Flughafendirektion zu viele Freiheiten herausnimmt. Die Bevölkerung ist jedenfalls misstrauisch, was die Windmessungen betrifft. Das Postulat soll daher überwiesen, aber nicht abgeschrieben werden.

FDP: P. Heiz erklärt, dass seine Fraktion das Postulat überweisen, aber gleichzeitig als erledigt abschreiben will. Einig geht sie mit dem Vorredner, dass es wichtig ist, dass der Flughafendirektion genau auf die Finger geschaut wird und die Vertragsbedingungen strikt eingehalten werden. Ein Stopp des Ausbaus von Frachtflügen wird begrüsst. Sinnvoll ist zudem der Zusammenschluss der zwölf betroffenen Gemeinden; damit wird der Druck erhöht. Trotzdem, der Euro-Airport ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Es können nicht Weltmessen in Basel stattfinden, ohne dass gleichzeitig die notwendigen Flugkapazitäten zur Verfügung stehen. Die FDP ist überzeugt, dass der Gemeinderat auch in Zukunft die nötigen Schritte unternimmt, um eine vernünftige Lösung zu finden.

SVP: U. Weber schliesst sich dem vorausgegangenen Votum an und erwähnt, dass der Gemeinderat sehr aktiv ist, um den Fluglärm in erträglichem Rahmen zu halten. Es sollte ein annähernd ausgeglichenes Verhältnis von Geben und Nehmen erreicht werden. Seine Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats.

CVP: L. Metzger erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt. Zu unterstreichen ist, dass der Druck auf die Verwaltungsräte des Euro-Airports aufrecht erhalten bleiben muss, d. h. konkret auf den Regierungsrat. In Basel wurde er dazu verpflichtet, die Lärmbelastung durch Südflüge zu reduzieren. Gefordert sind besonders auch die Landratsmitglieder, um gleichzuziehen wie Basel. Das gemeinsame Vorgehen der betroffenen Gemeinden verleiht grösseres Gewicht. Es geht nicht a priori darum, die Flughafenaktivitäten einzuschränken. Seit Einführung von ILS ist jedoch ein Seilziehen zwischen Norden und Süden entstanden. Seine Fraktion wird für Überweisung und Abschreiben stimmen.

SVP: U.-P. Moos ergänzt, dass die Weichen vor rund zehn Jahren gestellt worden sind, als die beiden Basel dem Flughafenausbau mit 70 Millionen zustimmten. Dabei wurde versäumt, gleichzeitig mit dem Staatsvertrag ein verbindliches Mitspracherecht zu vereinbaren. Deshalb ist die Einflussnahme sehr beschränkt. Er unterstützt das Vorgehen der Exekutive und ist überzeugt, dass sie regelmässig Informationsveranstaltungen durchführen wird.

EVP/Grüne: P. Buess: Bekanntlich besteht in Zürich ein analoges Problem mit ILS, nur ist die Situation beim Euro Airport noch komplizierter, weil zwei Länder tangiert sind. Die Zuständigkeit ist unklar, insbesondere bei Entschädigungsklagen bezüglich Wertverlust von Häusern einerseits und für Lärmdämm-Massnahmen andererseits. Die Verjährungsfrist beträgt fünf Jahre und läuft bereits seit der Einführung von ILS. Nicht nur Private sind betroffen, auch bei gemeindeeigenen Gebäuden stellt sich die Frage, wer die Lärmschutzmassnahmen zu tragen hat. Es gibt die Möglichkeit, die Verjährungsfrist aufzuheben, was allerdings juristisch ein recht komplexes Verfahren bedingt. Das Postulat soll noch nicht als erledigt erklärt werden.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Schuler*: Leider handelt es sich hier um ein Dauerthema. Seit der Inbetriebnahme von ILS 34 hat sich das Lärmproblem in der Anflugschneise deutlich verschärft. Die Thematik wird sehr ernst genommen und alle Möglichkeiten werden ausgeschöpft. Was die Lärmschutzmassnahmen bei Neubauten angeht, ist davon das Zentrum von Allschwil betroffen. Und was die Entschädigungsklagen von Hausbesitzern betrifft, so finden sich wichtige Hinweise auf der Homepage des Schutzverbandes.

- | |
|--|
| <p>://:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Das Postulat wird einstimmig an den Gemeinderat überwiesen.2. Das Postulat wird mit 21 Ja : 13 Nein als erledigt abgeschlossen. . |
|--|

Traktandum 4

Gesch. Nr. 208

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 5.8.2008:

Postulat CVP: Brandruine Hauptstrasse 10

Eintreten:

CVP. A. Achermann ist erfreut, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen. Obschon klar ist, dass nicht über die Liegenschaft disponiert werden kann, können vielleicht doch Massnahmen ergriffen werden, um schneller Abhilfe zu schaffen. Wie der Gemeinderat in seiner Stellungnahme erwähnt, fand am 3. September eine Zusammenkunft mit den Grundeigentümern und -eigentümerinnen in diesem Gebiet statt. Gibt es diesbezüglich neue Informationen?

SVP: C. Schaub: Leider blieben die Bemühungen des Gemeinderats für eine Quartierplanung bisher erfolglos, eine 2/3 Mehrheit wurde nicht erreicht. Zu hoffen ist, dass sich dies aufgrund des Treffens am 3. September ändert. Weil die Sache privatrechtlich geregelt werden muss, erübrigt sich das Postulat und soll deshalb auch nicht überwiesen werden.

FDP: R. Moll vertritt die Fraktionsmeinung, dass es durchaus zu den Aufgaben des Gemeinderats gehört, einer Quartierplanung im Bereich Haupt-, Garten-, Kernmattstrasse und Holeerain zum Durchbruch zu verhelfen. Deshalb soll der Vorstoss überwiesen werden. Das Problem der Brandruine ist jedoch allein Sache des privaten Liegenschaftsbesitzers und nicht jene des Gemeinderats. Denkbar ist, dass das Bekunden des Interesses eine Lösung beschleunigt.

SP: U. Kunz: Weil die Gemeinde u. a. auch Grundeigentümerin in diesem Gebiet ist, liegt es auch in ihrem Interesse, dass ein Quartierplan zustande kommt. Seine Fraktion wird der Überweisung zustimmen.

Grüne/EVP: R. Bänziger pflichtet dem Vorredner bei.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Schuler* beantwortet die Frage von A. Achermann. An der erwähnten Zusammenkunft wurde ein Fragebogen ausgehändigt, mit welchem Liegenschaftseigentümer/innen ihr Interesse oder ihre Ablehnung zu einem Quartierplan bekannt geben können. Die Eingabefrist läuft noch. Aufgrund der Antworten wird der Gemeinderat Beschlüsse erarbeiten. Voraussetzung ist eine 2/3-Mehrheit. Andernfalls kann der Liegenschaftsbesitzer von seinem Besitzstand Gebrauch machen, d. h. einen Wiederaufbau im heutigen Volumen durchsetzen. Erkundigungen beim Eigentümer der Hauptstrasse 10 ergaben, dass der Fall bei der Versicherung noch hängig ist. Zudem, so lange die Ruine noch steht, können wenn nötig weitere Abklärungen vorgenommen werden. Aus diesem Grund wurde das Haus noch nicht abgerissen.

Mit 24 Ja : 9 Nein (33 Anwesende) wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.
--

Traktandum 5

Gesch. Nr. 207

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 2.8.2008:

Postulat FDP: Regio-Gewerbeparkkarte

Eintreten:

FDP: M. Bolleter dankt dem Gemeinderat für seine Stellungnahme und den Antrag auf Überweisung. Der Vorstoss bezweckt, dass das Problem auf regionaler Ebene angegangen wird. Betroffen sind vor allem Gewerbetreibende, welche ihre Aufträge in verschiedenen Gemeinden erledigen und Schwierigkeiten haben, ihre Fahrzeuge zu parkieren und ständig Tagesparkkarten beschaffen müssen.

SP: S. Brenneisen unterstützt einerseits die Idee des koordinierten Vorgehens in dieser Frage. Andererseits erscheint es ebenfalls zweckmässig, wenn der Gemeinderat die bisherigen Erfahrungen mit der Parkkarte sammeln und auswerten will, nicht zuletzt auch jene der Gewerbetreibenden. Eine Spezifizierung von so genannten Serviceautos oder Kleintransportern wäre sinnvoll. Die derzeitige Lösung ist grundsätzlich gut. Die Situation sollte sich nicht zu Ungunsten der Bevölkerung verschlechtern.

Grüne/EVP: A. Jagtap hält fest, dass sich für die Gewerbetreibenden mit der Einführung von Parkkarten rund um Basel die Situation verändert hat. Der Parkraum darf aber auch für diesen Personenkreis nicht gratis sein, oder nur eine einmal jährlich zu entrichtende Gebühr betragen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Gemeinde zum Parkplatz der Region wird. Eine regionale Lösung ist daher anzustreben. Seine Fraktion befürwortet die Überweisung.

C. Anliker verweist darauf, dass die von der SVP im Mai eingereichte Motion für eine Gewerbe-Parkkarte leider nicht überwiesen wurde. Bezweifelt wird, ob der Gemeinderat für eine regionale Lösung der richtige Ansprechpartner ist, viel eher ist dies der Kanton. Seine Fraktion möchte erfah-

ren, wann die in Aussicht gestellte Zusammenkunft mit dem Gewerbeverein nun stattfindet. Im Übrigen schliesst sie sich dem Antrag auf Überweisung an.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon:* Das Problem wird zunehmend in den Medien thematisiert. Im Landrat wurde kürzlich ein identisches Postulat eingereicht. Es fragt sich, ob Binningen eine Vorreiterrolle übernehmen muss. Der Gemeinderat ist jedoch bereit, sein Mögliches beizutragen, um einen Ausgleich zu schaffen. Wie im Frühling versprochen, wird er sich mit dem Gewerbeverein Binningen - Bottmingen in den nächsten Wochen treffen. Dies betrifft allerdings die Gemeinde und nicht die Region.

://: Das Postulat wird einstimmig an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 198

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 14.4.2008:

Interpellation FDP: Parkraum-Bewirtschaftung beim Spiegelfeld

Antwort des Gemeinderats: *C. Simon:* Der Grund, weshalb unterschiedliche Zeiten der Parkingmeter beim Spiegelfeld und an der Hauptstrasse bestehen, ist folgender: An der Hauptstrasse sollen die dort domizilierten Läden möglichst viel Umsatz machen können. Deshalb ist die Parkzeit auf zwei Stunden beschränkt. In der Umgebung des Spiegelfeld-Sportareals wurde seit Langem auf die mangelnden Parkiermöglichkeiten hingewiesen. Neu kostet eine Stunde einen Franken, zeitlich uneingeschränkt, jedoch ausschliesslich für die Benutzer/innen der Sport- und Schwimmhalle. Es zeigt sich, dass dadurch wieder vermehrt freie Parkplätze zur Verfügung stehen. Die Zeiten sind an die Öffnungszeiten des Hallenbades, des Restaurants bzw. der Sauna angepasst.

Zur Frage, ob sich der Gemeinderat des Eindrucks bewusst ist, den er damit auf die Benutzer/innen der Sportanlagen und die Anwohner/innen der Wassergraben- und der Benkenstrasse macht. Ja, der Gemeinderat ist sich bewusst, dass das Zahlen von Gebühren unbeliebt ist. Aber in diesem Gebiet ist dies unerlässlich, damit die Benutzer/innen der Sportanlagen einen Vorteil haben.

Der kostenpflichtige Zeitraum von 06.00 - 22.00 Uhr ist tatsächlich einzigartig. Wem soll dies nützen: Wie bereits oben erläutert, entspricht der Zeitraum den Betriebszeiten der Sportanlage.

Zur Frage, wie lassen sich die unverhältnismässig verteuerten Kosten für die Benutzung der Sportanlagen mit der Aktion "Binningen bewegt" vereinbaren: Dem ist entgegenzuhalten, dass niemand zwingend das Auto benutzen muss. Die Spiegelfeld-Anlage ist bestens zu Fuss, per Velo oder Bus erreichbar.

Zu Punkt 5: Kann sich der Gemeinderat vorstellen, eine gebührenfreie Dauer von 2 - 3 Stunden in diesem Gebiet einzuführen, analog wie an der Hauptstrasse: Diese Frage wird im Zusammenhang mit einer möglichen Anpassung des Reglements geprüft.

Zu 6: Ist der Gemeinderat bereit, die kostenpflichtige Zeitdauer der Parkingmeter beim Spiegelfeld derjenigen an der Hauptstrasse anzugleichen? Beide Vorschläge könnten eingeführt werden ohne die ursprüngliche Absicht zu beeinträchtigen, nämlich das Dauerparkieren von Pendlern zu verhindern: Ein Vergleich ist wie bereits ausgeführt nicht möglich, da der Zweck unterschiedlich ist ebenso der Benutzerkreis.

Zur letzten Frage ob der Gemeinderat Kenntnis von diesbezüglichen Reaktionen aus dem Kreis der Sportanlagenbenutzer/innen und Anwohnerschaft hat: Aufgrund von Antworten auf eine Umfrage bei den Spiegelfeld-Sporttreibenden ergibt sich folgendes: Natürlich werden die Gebühren nicht geschätzt. Positiv gewertet wird jedoch, dass mehr Parkplätze zur Verfügung stehen. Es kamen auch Anregungen für ein Gratisparking für Jahresabonnenten der Sport- und Schwimmhalle, was ebenfalls geprüft wird.

FDP: M. Bolleter: In Anbetracht der Ausgangslage, dass mit dem Parkingregime verhindert werden sollte, dass auswärtige Pendler/innen mit ihren Autos Parkraum der Anwohnerschaft belegen, kann

er nicht nachvollziehen, weshalb bis um 22.00 Uhr eine Gebührenpflicht besteht. Die Einführung der Parkraum-Bewirtschaftung wurde der Bevölkerung völlig anders begründet, als wie es sich nun tatsächlich herausstellt. Tatsächlich stehen nun mehr Parkplätze zur Verfügung; er fragt sich allerdings, ob allenfalls weniger Leute die Spiegelfeld-Anlage benutzen. Falls dies die Absicht des Gemeinderats war, wäre das Ziel erreicht worden.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Traktandum 7

Präsident A. Braun erwähnt, dass am 17. Oktober, um 19.30 Uhr, hier im Kronenmattsaal die Vernissage der Arte Kunstaussstellung stattfinden wird.

Betreffend Kronenplatz-Kreisel kann mitgeteilt werden, dass in ca. einem Monat die Bauarbeiten abgeschlossen sein dürften.